



Fraktion in der  
Bezirksversammlung Harburg

An den Vorsitzenden der  
Bezirksversammlung Harburg

Harburger Rathausplatz 1

21073 Hamburg

Postanschrift:

Rathaus  
Postfach 90 01 53  
21041 Hamburg  
Julius-Ludowieg-Str. 25  
21073 Hamburg  
fraktion-harburg@die-linke-hh.de

**Sabine Boeddinghaus**

Telefon: 0174 / 396 30 38

**Klaus Lübberstedt**

Telefon: 0178 / 93 911 73

Hamburg, den 21.11.2011

**Betr.: Schulentwicklungsplan 2012 für die staatlichen Grundschulen, Stadtteilschulen und Gymnasien in Hamburg- Referentenentwurf**

## **Stellungnahme**

**der Abgeordneten Sabine Boeddinghaus, Klaus Lübberstedt  
und Elke Nordbrock / Fraktion DIE LINKE**

Die Fraktion DIE LINKE stellt fest, dass der nun vorgelegte Schulentwicklungsplan Klarheit über die SPD-Bildungspolitik bringt: Dem zwanghaften Prinzip des „10-jährigen Schulfriedens“ werden jegliche Visionen und bildungspolitische sozialdemokratische Grundsätze geopfert. In der Furcht, mögliche Konfliktlinien in der Stadt zu eröffnen, wird versucht, es jeder Schule irgendwie Recht zu machen, wobei in jedem Einzelfall viele Fragen offen bleiben.

Die Fraktion DIE LINKE kritisiert zudem, dass die behördenintern vom zuständigen Staatsrat längst freigegebene Herbststatistik zum jetzigen Zeitpunkt nicht öffentlich gemacht wird. Damit fehlt den Fraktionen und politischen wie schulischen Gremien eine wichtige Bewertungsgrundlage. Ein Schelm, der Böses dabei denkt.

### **Im Einzelnen:**

Schon der Hinweis im Untertitel des Schulentwicklungsplan auf welche Schulen er abzielt, macht deutlich, dass die Sonderschulen offensichtlich bei der künftigen Schulorganisation keine Rolle spielen. Wie kann das gehen, wenn doch gerade eine der größten Herausforderung die Umsetzung des Paragraphen 12 des Hamburgischen Schulgesetzes, nämlich die inklusive Beschulung aller Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf, ist, die natürlich in der Folge auch Auswirkungen auf eine Vielzahl von Sonderschulstandorten und die Zusammensetzung ihrer Kollegien hat.

Die Behauptung in der Einleitung unter 1. auf S. 4, das sogenannte 2-Säulen-Modell wäre parteiübergreifend von der Enquete-Kommission der 18. Bürgerschaft empfohlen und befürwortet worden, entspricht nicht der Wahrheit. Die GAL hat in der Enquete-Kommission dagegen gestimmt und ein entsprechender CDU-Antrag in der Bürgerschaft zur Übernahme des zweigliedrigen Systems ab Klasse 6 in Stadtteilschule und Gymnasium ist gegen die Stimmen von GAL und SPD verabschiedet worden.

**Die Fraktion DIE LINKE betont an dieser Stelle ausdrücklich, dass das nun etablierte 2-Säulen-System mitnichten „ein modernes und leistungsfähiges“ Schulsystem ist.** Schon jetzt zeigt die Auswertung der Anmeldungen an den weiterführenden Schulen, dass die ganz überwiegende Zahl der gymnasialempfohlenen Schülerinnen und Schüler auch an das Gymnasium gehen und die nicht gymnasialempfohlenen Schülerinnen und Schüler an die Stadtteilschule wechseln. Das hat eine klare soziale Segregation zur Folge, die sicher nicht der von Senator Rabe viel beschworenen Attraktivitätssteigerung der Stadtteilschulen zuträglich ist. Insbesondere für diejenigen neuen Stadtteilschulen, die aus einer Haupt- und Realschule erwachsen, ist dies ein massives Problem.

Eine weitere Bürde, die die Stadtteilschulen durch die neue Regelung der 2-Säuligkeit tragen müssen, ist die hohe Zahl der sogenannten RückläuferInnen, die nach der 6. Klasse vom Gymnasium in die 7. Klassen der Stadtteilschulen strömen. Dies vollzieht sich deshalb so massiv, weil laut Schulgesetz die Gymnasien verpflichtet sind, ab der 7. Klasse ihre Schülerinnen und Schüler zu behalten. Die Folge sind übervolle 7. Klassen an den Stadtteilschulen, die nach eigener Aussage weit mehr als die ihnen zugesagten 25 Schülerinnen und Schüler verzeichnen. **Es besteht in Harburg ein Unterangebot an Plätzen in den 7. Klassen an den Stadtteilschulen.**

Damit die Ankündigungen des Schulentwicklungsplans auf S. 5 zum Kapitel „**Kleinere Klassen**“ erlebbare Realität für die betroffenen Schulen werden, **muss hier unbedingt nachgesteuert werden.**

Zum Kapitel „**Ganztagsschulen**“ ließe sich sehr detailliert darlegen, dass das Konzept GBS ein Sparmodell ist und bestenfalls Ganztagsschule in light-Version bedeutet. Um echte Chancengleichheit durch Ganztagsschulen erreichen zu können,

- ✦ müssten alle Schule ganztägige, verbindliche Bildungsangebote machen, die weit über die reine kognitive Vermittlung von Lernstoff hinausgehen,
- ✦ müsste die individuelle Förderung durch integrative und nicht dazugekaufte Unterstützungsmaßnahmen eines jeden Kindes gewährleistet sein,
- ✦ müsste sich die Rythmisierung von Anspannung und Entspannung über den ganzen Tag erstrecken und
- ✦ die **Hortbetreuung** unter gleichen personellen Bedingungen wie in der Schule organisiert sein.

Die oben bereits kritisierte Ausgrenzung der Sonderschulen im Schulentwicklungsplan wird nun auf S. 6 unter dem Kapitel „**Inklusion**“ scheinbar zurückgenommen, indem gesagt wird:“ Diese Entwicklung (die Beschulung der S&S mit sonderpädagogischem Förderbedarf an Regelschulen, SB) muss bei der künftigen Schulplanung berücksichtigt werden.“ Wir fragen, an welcher Stelle im Schulentwicklungsplan wird dieser richtigen Forderung Rechnung getragen?

## **REGION 21:**

Schaut man auf die Region mit ihrer Vielzahl von Schulstandorten, so fällt auf, dass nicht das zusammenwächst, was zusammen gehört. Die neue Lessing- Stadtteilschule (ehemals Lessing-Aufbaugymnasium) muss ihren Schulbetrieb auf drei Standorte verteilen und organisieren. Die neue Stadtteilschule Ehestorfer Weg (ehemals Grund-Haupt-und Realschule) kooperiert in der Oberstufe mit der Oberstufe der Lessing-Stadtteilschule am Standort Hanhoopsfeld.

Die Grundschule Weusthoffstrasse schickt einen Teil ihrer Grundschülerinnen und Grundschüler an den Kirchenhang, weil sie Zubauten benötigt. Gleichzeitig nutzt die Stadtteilschule Ehestorfer Weg Räume am Standort Weusthoffstrasse. Die Grundschule Alte Forst rekrutiert ihre Kinder aus dem gesamten Stadtgebiet und braucht dafür zusätzlichen Raum, in Form von Containern. Die Grundschule Dempwolfstrasse darf nicht wachsen, weil sie offensichtlich keine Zubaumöglichkeiten hat.

**Die Fraktion DIE LINKE fordert die Wiedereinführung der bezirklichen Grundschule (kurze Beine-kurze Wege)**, wonach sich die Eltern auf die jeweilige Schule in ihrem Wohnumfeld orientieren. Nur so kann dem Schultourismus entgegengewirkt werden, bei dem sich die einen leisten, ihre Kinder täglich zur vermeintlich besten Schule zu fahren und die anderen mangels Know-How und Mitteln ihre Kinder im Stadtteil belassen.

Desweiteren ist die Zerstückelung mancher Schulen und die Oberstufenkooperationen über mehrere Kilometer und Stadtteile hinweg einzig und allein der Tatsache geschuldet, die Gymnasien in ihrem Schulbetrieb nicht zu tangieren. **Die Fraktion DIE LINKE lehnt diesen einäugigen Umgang mit Schulentwicklung ab und erwartet Kooperationen über Schulformgrenzen hinweg und schlägt folgenden Schulentwicklungsplan vor:**

**Kooperation von Stadtteilschule Ehestorfer Weg und Heisenberg Gymnasium von Klasse 5 bis Klasse 12/13**

**Stadtteilschule Harburg von Klasse 5 bis Klasse 13**

**Stadtteilschule Maretstrasse von Klasse 0 bis Klasse 13**

**Kooperation von Lessing-Stadtteilschule mit Friedrich-Ebert-Gymnasium von Klasse 5 bis Klasse 12/13**

**Kooperation von Stadtteilschule Sinstorf mit Immanuel-Kant-Gymnasium von Klasse 5 bis Klasse 12/13**

**Kooperation von Stadtteilschule Hanhoopsfeld mit Alexander-Humboldt-Gymnasium von Klasse 5 bis Klasse 12/13**

**Der bewährte Verbund der Oberstufen wird fortgesetzt und bei Bedarf erweitert, bzw. an einem Standort konzentriert**

**Desweiteren fordern wir, dass**

- ✦ alle Schulen sich dem Postulat der Inklusion verpflichtet fühlen und die Schulbehörde entsprechende materielle und personelle Ressourcen zur Verfügung stellt,
- ✦ die Raumfrage grundsätzlich für jeden einzelnen Schulstandort hinsichtlich ausreichender Fach- und Differenzierungsräume geklärt wird,
- ✦ jeder Schule, die sich verpflichtet, ohne Abschulen die Kinder und Jugendlichen bestmöglich zu fördern, 2 Stunden für Schulentwicklung zusätzlich zur Verfügung gestellt werden,
- ✦ die Schulen mehr Budgethoheit bezüglich ihrer Kooperationen mit Trägern der Offenen Kinder- und Jugendarbeit erhalten,
- ✦ im Kerngebiet Harburg eine weitere Sporthalle gebaut wird, um ausreichenden Sportunterricht für alle Schulen gewährleisten zu können.
- ✦ Ausserdem unterstützt die Fraktion DIE LINKE ausdrücklich den Wunsch der Schule Maretstrasse, eine eigenständige Stadtteilschule zu werden. Die Zuweisung als Dependence der Stadtteilschule Harburg kann allenfalls kurzzeitig gelten. Diese Schule mit ihrem pädagogischen Potenzial, die schon seit vielen Jahren erstklassige Arbeit in ihrem Stadtteil macht und großes Ansehen bei „ihren“ Eltern genießt, hat wie kaum eine andere Schule den Namen „Stadtteilschule“ im wahrsten Sinne des Wortes verdient.

**FAZIT:**

Ein Schulentwicklungsplan sollte weit mehr sein, als eine rein technische Zusammenstellung von Zügigkeiten und Gebäuden. Er sollte vielmehr nach Vorstellung der Fraktion DIE LINKE die organisatorischen Rahmenbedingungen schaffen für ein bestmögliches Bildungsangebot für **alle** Kinder in ihrer Region. Dazu gehört eine eigene genaue Vorstellung darüber, wie die Schule der Zukunft aussehen soll und in welcher Weise die pädagogischen Angebote kindgerecht und passgenau im jeweiligen Stadtteil organisiert werden müssen. Dazu gehören also klare Aussagen zu räumlicher, materieller und personeller Ausstattung, dazu gehört das klare Bekenntnis zu Inklusion und ihrer Umsetzung an allen Schulen.

Um des liebens Friedens willen auf all diese grundlegenden Aussagen zu verzichten, heisst die Realität an Hamburgs Schulen nicht wahrnehmen zu wollen. Von Frieden kann keine Rede sein!

Fraktion DIE LINKE

Sabine Boeddinghaus

Klaus Lübberstedt

Elke Nordbrock

und Christiane Albrecht, zubenannte Bürgerin